

**Teilnahmebedingungen
zur
Veröffentlichung**

**„Beratungsleistungen für Systeme zur
Angriffserkennung“**

Dieser Teilnahmewettbewerb dient der Eignungsprüfung der Bewerber. Die geeigneten Bewerber werden zur Angebotsabgabe aufgefordert.

1. Termine

Die Frist der Rückfragen zum Teilnahmewettbewerb endet am 28.08.2026 um 12:00 Uhr.

Die Frist zur Abgabe eines Teilnahmeantrags endet am 13.09.2026 um 23:59 Uhr.

2. Einzureichende Unterlagen

Im Teilnahmewettbewerb sind folgende Unterlagen einzureichen:

- der von den vertretungsberechtigten Personen unterzeichnete Teilnahmeantrag
- das vorliegende „Formular zur Eignungsprüfung“ in unterschriebener Form
- folgende Nachweise:
 - Handelsregistrauszug
 - Bescheinigung des Finanzamtes in Steuersachen
 - die Unbedenklichkeitserklärungen der zwei Krankenkassen, bei denen die meisten Beschäftigten versichert sind
 - Bankerklärung
 - Kopien der Versicherungspolicen für eine Betriebs-/Umwelt-/Produkthaftpflichtversicherung mit einer Versicherungssumme von mindestens 1.000.000 EUR je Versicherungsfall für Personen- und Sachschäden und mindestens 1.000.000 EUR je Versicherungsfall für Vermögensschäden / Alternativ ist eine Absichtserklärung, eine solche Versicherungspolice im Zuschlagsfalle abzuschließen, einzureichen.
 - Jahresabschlüsse der letzten drei vor der Abgabe des Teilnahmeantrags abgeschlossenen Geschäftsjahre
- Vertraulichkeitserklärung

Die weiteren Ausschreibungsunterlagen dienen in der Teilnahmephase nur zur Information und müssen im Teilnahmewettbewerb noch nicht bearbeitet oder eingereicht werden. Im Teilnahmewettbewerb ist kein Angebot einzureichen. Nach Abschluss der Teilnahmephase werden alle geeigneten Bieter zur Angebotsphase eingeladen und zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert.

3. Allgemeine Verfahrensbedingungen

Die ausschließliche Verfahrenssprache ist deutsch.

Mit der Abgabe des Teilnahmeantrags akzeptiert der Bewerber die Teilnahmebedingungen.

Änderungen an den von der Vergabestelle vorgegebenen Vorlagen sind unzulässig.

4. Einsatz elektronischer Mittel im Vergabeverfahren

Die Vergabestelle führt das gesamte Vergabeverfahren über die elektronische Vergabeplattform DTVP durch. Die Systemvoraussetzungen für die Nutzung der Vergabeplattform sind über den folgenden Link einsehbar.

[Systemvoraussetzungen VMP - Support-Center für Unternehmen - cosinex Service & Support Center](#)

Eine Anleitung für die Nutzung der Vergabeplattform steht sowohl als Video-Tutorials als auch als Schritt für Schritt-Anleitungen zur Verfügung.

Schritt für Schritt-Anleitungen:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/pages/viewpage.action?pageId=28115008>

Video-Tutorials zum Vergabemarktplatz:

<https://support.cosinex.de/unternehmen/>

Die Teilnahmeanträge einschließlich aller geforderten Unterlagen sind **nur** über das Bieter tool (**nicht über den Kommunikationsbereich**) des Vergabeportals DTVP hochzuladen und zu übermitteln.

Bewerberfragen sind ausschließlich in Textform über den Kommunikationsbereich des Vergabeportals DTVP zu stellen. Die Beantwortung der Bewerberfragen erfolgt unter Wahrung der Anonymität des Fragestellers im Kommunikationsbereich des DTVP. Es erfolgt keine gesonderte Beantwortung über andere Medien.

5. Eignungsprüfung

Die Vergabestelle prüft die Teilnahmeanträge wie folgt:

- a) Nach Ablauf der Teilnahmefrist prüft die Vergabestelle die eingegangenen Teilnahmeanträge zunächst auf Vollständigkeit.

Die Vergabestelle kann die Bewerber unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren, oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen.

Solche Unterlagen sind von den Bewerbern nach Aufforderung durch die Vergabestelle innerhalb einer von dieser festgelegten angemessenen, nach dem Kalender bestimmten Frist vorzulegen. Werden die Unterlagen nicht innerhalb dieser Frist vorgelegt, wird der Teilnahmeantrag zwingend vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

b) Anschließend prüft die Vergabestelle

- die Eignung des Bewerbers anhand der nach § 122 des GWB festgelegten Eignungskriterien/Mindestbedingungen,
- das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach den §§ 123 und 124 GWB bzw. § 21 Abs. 1 S. 1 und 2 SchwarzArbG sowie
- gegebenenfalls Maßnahmen des Bieters zur Selbstreinigung nach § 125 GWB.

Die Vergabestelle schließt einen Bewerber grundsätzlich von der Teilnahme am Ausschreibungsverfahren aus, wenn sie Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Bewerber zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 GWB aufgelisteten Straftaten rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist.

Sie kann einen Bewerber grundsätzlich unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit zu jedem Zeitpunkt vom Ausschreibungsverfahren ausschließen, wenn einer der Tatbestände des § 124 GWB erfüllt ist.

Die Vergabestelle schließt einen Bewerber, bei dem ein Ausschlussgrund nach § 123 oder § 124 GWB vorliegt, nicht aus, wenn dieser nachgewiesen hat, dass er

- für jeden durch eine Straftat oder ein Fehlverhalten verursachten Schaden einen Ausgleich gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat,
- die Tatsachen und Umstände, die mit der Straftat oder dem Fehlverhalten und dem dadurch verursachten Schaden in Zusammenhang stehen, durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und der Auftraggeberin umfassend geklärt hat, und
- konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder weiteres Fehlverhalten zu vermeiden.

§ 123 Abs. 4 S. 2 GWB bleibt unberührt.